

WARNUNG VOR DER GOLDINITIATIVE
Handlungsspielraum der SNB wäre deutlich limitiert
Wirtschaft, Seite 25

BANKSTIFTUNGEN IN ITALIEN
Radikaler Umbau des Systems notwendig
Fokus der Wirtschaft, Seite 29

Globale Rohwarenmärkte
Agrarprodukte und Metalle im Minus
Börsen und Märkte, Seite 31

SPORT
Federer und Djokovic steuern auf Halbfinal-Duell zu
Seite 44

Hehre Ziele und akute Krisen

Jahrestagung von Weltbank und Währungsfonds im Zeichen der Ebola-Krise und der globalen Wachstumsschwäche

Die Weltbank hat sich ambitionöse neue Ziele gesetzt und eine umfassende Reorganisation vorgenommen. Die Armutsbekämpfung bleibt aber ein schwer durchschaubares Unterfangen.

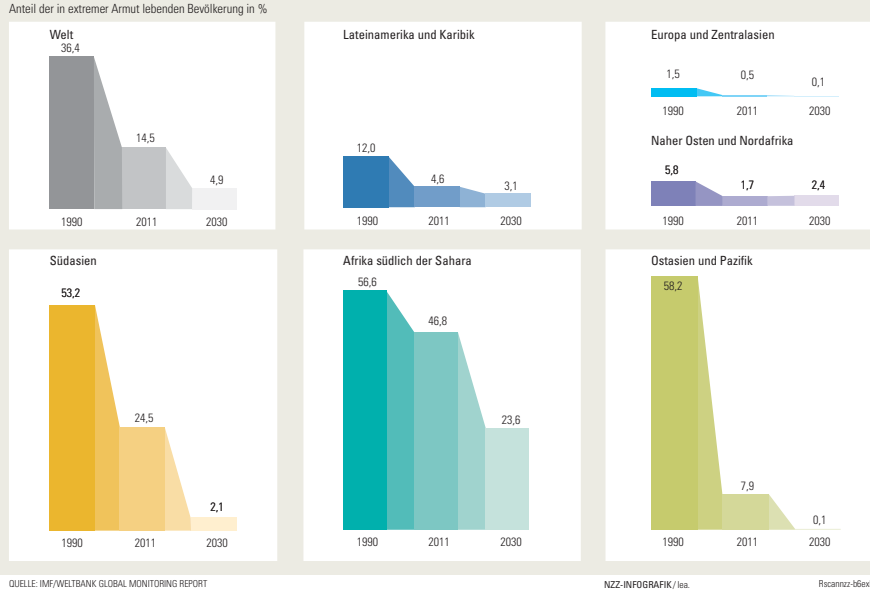
Martin Lanz, Washington

Der Zynismus möge verziehen werden, aber die Ebola-Krise kommt der Weltbank und ihrem Präsidenten nicht ganz unlegen. Sie erlaubt der Institution, die sich nicht erst seit der Übernahme des Ruders durch den Amerikaner Jim Yong Kim vor zwei Jahren auf Identitätssuche befindet, ihre Kapitalgeber hinter sich zu scharen und ihre angestammten Stärken als Koordinatorin und Mobilmacherin zu demonstrieren. Dabei hilft, dass sich Kim als Mediziner im Ebola-Dossier zu Hause fühlt.

Fokus auf extreme Armut

Der Washingtoner Organisation und ihrem Chef wird denn auch attestiert, dass sie angemessen auf die Ebola-Krise reagiert haben. Sie hat selber bereits bedeutende Summen zugunsten der gebeutelten westafrikanischen Staaten gesprochen und nutzt die in diesen Tagen stattfindende Jahrestagung der Bretton-Woods-Institutionen, um gegen die Krise mobilzumachen und Ressourcen zu beschaffen. Kim sagte am Donnerstag, jeder heute ausgegebene Dollar zur Unterstützung von Liberia, Guinea und Sierra Leone werde sich in Form veränderter Folgekosten mehrfach auszahlen. Der weniger spektakuläre Alltag der Weltbank im Kampf gegen die Armut wird derweil neu aufgesetzt. Vor einem Jahr wurde beschlossen, sich künftig an zwei Zielen messen zu lassen. Einerseits soll bis 2030 der Anteil der Bevölkerung, der weltweit in extremer Armut lebt, auf unter 3% reduziert werden. Als extrem arm gilt, wer mit weniger als \$1.25 pro Tag auskommen muss. Andererseits wird ein «geteilter Wohlstand» angestrebt, indem ein spezieller Fokus auf die Verbesserung des Lebensstandards der ärmsten 40% der Bevölkerung in jedem Land gelegt wird. In dem

Schätzung der globalen und regionalen Armutsraten, 1990, 2011 und 2030



QUELLE: IMF/WELTBANK GLOBAL MONITORING REPORT

NZZ-INFOGRAFIK/lea

Risamanz-36exK

am Mittwoch gemeinsam von Weltbank und IMF vorgelegten «Global Monitoring Report» wird die Ausgangslage präsentiert: Im Jahr 2011 galb noch 14,5% der Weltbevölkerung – über 1 Mrd. Menschen – als extrem arm.

Die Entwicklung seit 1990 ist aber beeindruckend, vor allem dank den Fortschritten in Süd- und Ostasien. Verantwortlich dafür ist das rasante Wirtschaftswachstum in dieser Periode. Der Bericht weist aber warnend darauf hin, dass die gegenwärtigen Wachstumsraten nicht ausreichen werden, um die neuen Ziele zu erreichen. Unter der Annahme, dass global die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung um 1,7% jährlich zunimmt, würden 2030 immer noch rund 5% der Weltbevölkerung als extrem bedürftig gelten. Die Armut bliebe vor allem in Afrika und Südasien verbreitet. Im Jahr 2030 werden gemäss dem Be-

richt 380 Mio. der weltweit etwas über 400 Mio. verbleibenden extrem Armen allein in diesen beiden Weltteilen leben. Es zeigt sich auch, wie schwierig es ist, das Los der ärmsten 40% zu verbessern. In den 2000er Jahren hat diese Schicht zwar vielerorts ein überdurchschnittliches Einkommenswachstum erfahren, so in der Periode 2005 bis 2011 in 58 von 86 untersuchten Ländern. In 18 Ländern hat sich aber deren relative Situation verschlechtert.

Hochkomplexe Institution

Wie will die Weltbank diese Ziele erreichen? Die Förderung der Beschäftigung wird als zentral angesehen, nicht zuletzt via Investitionen in menschliches und physisches Kapital. Wie sich das konkret äussern wird, ist noch nicht wirklich ersichtlich. Immerhin hat sich die Welt-

bank per Sommer 2014 eine neue Struktur gegeben, die neu aus 14 global ausgerichteten Kompetenzzentren und aus 5 «Problemlösungsbereichen» besteht.

Die Abkehr von einer geografisch beziehungsweise regional ausgerichteten Struktur hat dabei unter der Belegschaft für einige Unruhe gesorgt, nicht zuletzt, weil sie mit einer Ausgabenüberprüfung und Neubesetzungen im Topkader einhergeht. Die Rede ist von angestrebten Einsparungen im Umfang von 400 Mio. \$. Nicht geholfen hat jüngst das Bekanntwerden der Vergabe eines Bonus von gegen 100 000 \$ an den erst seit März 2013 amtierenden Weltbank-Finanzchef. Dieser hat in der Zwischenzeit auf den Bonus verzichtet. Kim sagte am Donnerstag vor den Medien kritisch, er habe schon einige Reorganisationserfahrungen erlebt, aber die Komplexität der Weltbank sei «schlichtweg enorm».

Sozialpolitische Largesse Berlins rächt sich

Forschungsinstitute rechnen im zweiten Halbjahr mit einer Stagnation der deutschen Wirtschaft

Die deutsche Wirtschaft werde 2014 und 2015 wohl nur um jeweils gut ein Prozent wachsen, schätzen die Forschungsinstitute. Finanzpolitische Spielräume habe die grosse Koalition durch neue Sozialausgaben bereits weitgehend eingebüsst.

Die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute haben sich vom starken ersten Quartal blenden lassen. Noch im Frühling hatten die Ökonomen mit einem kräftigen Aufschwung gerechnet. Ein halbes Jahr später ist der Optimismus verfliegen. 2014 soll die Wirtschaft noch mit 1,3% wachsen. Im zweiten Halbjahr erwarten die Forscher dabei eine Stagnation. Und auch 2015 dürfte es mit einem Plus von 1,2% in ähnlichem Stil weitergehen.

Prestigeobjekt schwarze Null

Was ist in den letzten sechs Monaten geschehen? Die Konjunkturforscher hatten mit einer Belebung in der Eurozone gerechnet, die erneut ausgeblie-

Prognosen für Deutschland

	2012	2013	2014	2015
Reales BIP-Wachstum (in %)	0,4	0,1	1,3	1,2
Arbeitslosenquote (in %)	6,8	6,9	6,7	6,8
Inflation (in %)	2,0	1,5	1,0	1,4
Übersch. d. Staates (in % des BIP)	0,1	0,3	0,3	0,1
Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP)	7,1	6,8	6,9	6,6

Quelle: Gemeinschaftsdiagnose

Rechnung: SRSB

ben ist. Enttäuscht hat aber auch, dass die deutschen Firmen trotz rekordtiefen Zinsen nur wenig investieren. Das Geschäftsklima hat sich jedenfalls deutlich eingetrübt, wie der Ifo-Index zeigt, der nun fünf Monate in Serie gesunken ist.

Auch von den jüngsten Massnahmen der Europäischen Zentralbank (EZB) werden nur noch sehr geringe Impulse für die Konjunktur erwartet. Die unsicheren Absatzchancen der Firmen wiegen jedenfalls schwerer als die günstigen Finanzierungsbedingungen. Gegenwind gibt es für die Unternehmen aber auch von der Wirtschaftspolitik der grossen Koalition, welche die Arbeitskosten verteuert. Der Mindestlohn, der 2015 in Kraft tritt, dürfte etwa 250 000 Stellen kosten und die Rente mit 63 (bei

45 Beitragsjahren) rund 150 000 Jobs. – Für 2015 strebt die grosse Koalition eine «schwarze Null» im Haushalt an. Die Ökonomen bezeichnen dieses Vorhaben vor der Presse leicht despektierlich als Prestigeobjekt. Da die deutsche Wirtschaft derzeit ihr Potenzial nicht erreichen, sei dieses Ziel aus ökonomischer Warte nicht angebracht, hiess es. Solche Aussagen werden bei ausgabefreudigen Politikern auf offene Ohren stossen. Doch die Ökonomen propagieren keineswegs eine liederliche Haushaltspolitik. Sie argumentieren, dass die Schuldenbremse in konjunkturell wieder schwächeren Zeiten ein kleines Defizit erlaube. Dies biete der grossen Koalition einen gewissen gestalterischen Spielraum. Man kann nur hoffen, dass die Politiker auch das «Kleingedruckte» im Gutachten beherzigen.

Konjunkturpaket wäre Fehler

So stellen die Ökonomen klar, dass ein Konjunkturprogramm fehl am Platz wäre. Im Vordergrund sehen sie kleinere Entlastungen für die Bürger sowie zusätzliche Investitionen. Es geht dabei aber nicht um ein grosses Infrastruktur-

programm, wie es von internationalen Organisationen oft gefordert wird. Empfohlen werden vielmehr punktuelle Investitionen zur Substanzerhaltung.

Die Forscher geben etwa zu bedenken, dass der Bedarf an öffentlichen Investitionen geringer sei als früher. Dies liegt an der Privatisierung kommunaler Dienste. Oft stehen dahinter heute private Firmen statt des Staats. Deren Leistungen werden durch die Gemeinden und Nutzer abgegolten. In einzelnen Regionen, die sich entvölkern, sollte die Infrastruktur sogar zurückgebaut werden. Die Qualität der deutschen Infrastruktur wird zudem international noch als gut eingeschätzt, wie der siebte Platz in dieser Kategorie im Index des Weltwirtschaftsforums zur Wettbewerbsfähigkeit zeigt. In einer Dienstleistungsgesellschaft ist sowieso mehr «Grips» und weniger «Gips» gefragt.

Die Regierung hat im Urteil der Forscher ihre Prioritäten in den letzten zwölf Monaten falsch gesetzt. Allein die Ausweitung der Altersversicherung kosten 9 Mrd. € pro Jahr. Die Politik habe deshalb ihren finanzpolitischen Spielraum bereits weitgehend vergeben. «Reflexe», Seite 24

INDEX	Esprito Santo	27
Alcoa	31	EY
Allianz	28	MBSB
Bashneft	27	Nestlé
CIMB	27	RHB

ANZEIGE

DOPELT ODER MEHR?

«Lesen Sie in unserer Kundeninformation Check-Up (www.reichmuth.ch), wie Sie in Ihrer Vorlage dank Steuervorteilen mit weniger Risiken bessere Resultate erzielen.»

Remy Reichmuth, CFA

PRIVATBANKIERS

REICHMUTH & CO

INTEGRALE VERMÖGENSVERWALTUNG

CH-6000 LUZERN 7 RÜTLIGASSE 1 +41 41 249 49 49
CH-8002 ZÜRICH TÖDISSTRASSE 63 +41 44 299 49 49
www.reichmuth.ch